

Stand: 07.06.2026 08:52:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13290

"Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung von Aufbau und Betrieb frei zugänglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum (Kap. 06 03 TG 72 neue Tit.)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13290 vom 13.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14626 des HA vom 19.10.2016
3. Beschluss des Plenums 17/14820 vom 15.12.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016 (EPL 6)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Martina Fehner, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Bernhard Roos, Reinhold Strobl, Margit Wild, Isabell Zacharias SPD**

Haushaltsplan 2017/2018;

hier: Förderung von Aufbau und Betrieb frei zugänglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum (Kap. 06 03 TG 72 neue Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 06 03 (Allgemeine Bewilligungen) werden in der TG 72 (Förderung der Breitbanderschließung und freies WLAN (BayernWLAN)) neue Titel mit folgenden Ansätzen sowohl für 2017 als auch für 2018 ausgebracht:

- Für Aufbau und Betrieb von frei zugänglichen WLAN-Netzen in öffentlich frequentierten staatlichen Behörden und Dienststellen werden 500,0 Tsd. Euro bereitgestellt.
- Für Aufbau und Betrieb von frei zugänglichen WLAN-Netzen in staatlichen Museen und zur Förderung des WLAN-Ausbaus in nicht-staatlichen Museen werden jeweils 300,0 Tsd. Euro, insgesamt also 600,0 Tsd. Euro, bereitgestellt.
- Zur Förderung der Kommunen bei Aufbau und Betrieb von frei zugänglichen WLAN-Netzen im öffentlichen Raum werden 4.000,0 Tsd. Euro bereitgestellt (ggf. in Tit. 883 72).
- Zur technischen und logistischen Unterstützung von Kommunen und Trägern öffentlicher Einrichtungen beim Aufbau von frei zugänglichen WLAN-Netzen im öffentlichen Raum werden 300,0 Tsd. Euro bereitgestellt (ggf. in Tit. 883 72).
- Zum sicheren Betrieb bayernweit im öffentlichen Raum frei zugänglicher WLAN-Netze werden 300,0 Tsd. Euro für die Entwicklung einer VPN-Serverstruktur bereitgestellt.
- Für die Förderung nicht-kommerzieller Initiativen bei Ausbau und Weiterentwicklung frei zugänglicher WLAN-Netze (Freifunk-Community, Open-Source-Vereine) werden 100,0 Tsd. Euro bereitgestellt.

Insgesamt werden damit sowohl im Jahr 2017 als auch im Jahr 2018 die Mittel in der TG 72 von 300.000,0 Tsd. Euro um 5.800,0 Tsd. Euro auf 305.800,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Der Aufbau frei zugänglicher öffentlicher WLAN-Netze in staatlichen Einrichtungen hat 2015 bereits begonnen und muss beschleunigt werden. Gleiches gilt für die WLAN-Netze in staatlichen wie nicht-staatlichen Museen. Am ehrgeizigen Ziel, bis 2020 den Aufbau eines bayernweiten WLAN-Angebots zu schaffen, kann die überwiegende Zahl der Kommunen jedoch nicht aus eigenen Kräften mitwirken. Mangels Refinanzierungsmöglichkeiten drohen zwangsläufig deutliche Wirtschaftlichkeitslücken. Unausweichlich ist deshalb eine Förderstrategie des Freistaats, die sowohl einmalige Zuschüsse bei der Einrichtung von WLAN-Hotspots als auch Leistungen für laufende Kosten vorsieht. Angesichts der Ausbauziele, 4.000 Standorte mit 10.000 Hotspots, kostet ein flächendeckender Ausbau mehrere Millionen Euro, ein finanzieller Bedarf, der bei fortschreitendem Ausbau und begrenzten Refinanzierungsmöglichkeiten jährlich anwächst.

Über freie WLAN-Netze führt ein erfahrungsgemäß unsicherer Weg ins Internet. Staat und Kommunen als WLAN-Förderer können sich aber Sicherheitsdefizite nicht leisten. Datenschutz und Sicherheitsbedürfnisse der Nutzer haben Priorität. Aus gutem Grund und mit guter Erfahrung nutzen die Wissenschaftsnetze der Hochschulen und die Netze größerer Firmen eine VPN-Serverinfrastruktur (Virtual Private Network) für den Zugang zum Netz. Sie sorgt dafür, dass ein WLAN-Nutzer nicht direkt ins Internet geht, sondern einen Server wählt, über den er sich abhörsicher und mit verschlüsselten Abfragen und Daten im Netz bewegen kann. WLAN-Sicherheit ist zumindest parallel zur WLAN-Vernetzung aufzubauen. Deshalb fallen für die Entwicklung einer VPN-Serverinfrastruktur für das bayernweite WLAN notwendigerweise bereits 2017 Kosten für den dafür Sorge zu tragenden Freistaat an. Kreativität und das Motiv, mehr Menschen die Chance zu geben, an der Kommunikation im Internet teilzunehmen, haben zu den WLAN-Mesh-Netzwerken der Freifunkbewegung geführt, die mittlerweile in Berlin nahezu 500 kostenfreie Zugänge geschaffen hat – nicht zuletzt auch durch eine finanzielle Unterstützung von Seiten der Medienanstalt Berlin/Brandenburg. Das Freifunk-Prinzip: Ein WLAN-Betreiber stellt Teile seines Netzzugangs öffentlich zur Verfügung. Die WLAN-Router im Freifunk-Netz kommunizieren untereinander und bilden ein eigenes lokales Funknetzwerk, über das der Zugang zum Internet läuft. BestPractice-Projekte nicht-kommerzieller, ehrenamtlicher Initiativen aus der Freifunk-Community oder von Open-Source-Vereinen zur Ausbreitung offener WLAN-Netze sind deshalb auch vom Freistaat über den Haushalt zu fördern.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14626 des HA vom 19.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt:

Drs. 17/14626

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/13193
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13238
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/13239
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge und Bearbeitungsdauer der verbindlichen Versorgungsauskünfte reduzieren
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13240

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen personell stärken
(Kap. 06 16 Tit. 428 01)
Drs. 17/13241
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Aufbau und Betrieb freizüglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13290
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13296

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Hans Herold

Abg. Harald Güller

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thomas Mütze

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drs. 17/13259)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13238 mit 17/13241 und 17/13290)

Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drs. 17/13193)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/13296)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Herold von der CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einen schönen guten Morgen an alle Anwesenden. Die Sitzung gestern hat doch etwas länger gedauert. Somit sind heute noch nicht allzu viele Kolleginnen und Kollegen bei diesem wichtigen Punkt, der Beratung über den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Finanzministers –, anwesend.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Ganz ruhig bleiben!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dr. Dürr, lassen Sie die Schreierei sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Manche sind schon hellwach!)

Hans Herold (CSU): Ganz ruhig bleiben! Es wird heute noch genügend Möglichkeiten geben, sich zu äußern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Debatten in dieser Woche haben immer wieder eines deutlich gezeigt – entsprechende Aussagen wurden vorgestern und gestern mehrmals getätigt –: Viele Menschen kommen bewusst nach Bayern, um hier ihre Zukunft zu gestalten.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, warum sich die Menschen so entscheiden. Die Antwort lautet: Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie bei uns in Bayern die besten Zukunftschancen haben. Dies gilt sowohl für sie selbst als auch für ihre Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Einen entscheidenden Beitrag dazu leistet unsere Staatsregierung, insbesondere unser Finanzministerium, durch die Initiierung zahlreicher Strukturmaßnahmen. Ich nenne nur das Stichwort Heimatstrategie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen: Bayern ist das Top-Land, das Land Nummer eins. In vielen Regionen des Freistaates, auch im ländlichen Raum, herrscht Vollbeschäftigung. Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit bei uns äußerst niedrig. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Doppelhaushalt – und damit natürlich auch der Einzelplan 06 – ist ein Zukunftshaushalt zum Wohle der Menschen bei uns in Bayern.

Ich finde eine Aussage unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer sehr interessant.

Er hat vorgestern gesagt:

Dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ist ein Zukunftsatlas für Bayern, der uns in eine gute Zukunft führen wird.

Deswegen geht gleich zu Beginn meiner Rede ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder für diese großartige Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

In den Dank einschließen möchte ich unseren Staatssekretär Albert Füracker sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Finanzministeriums und der Ämter. Herzlichen Dank für die großartige Arbeit, die Sie leisten!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ebenfalls bewusst zu Beginn meiner Rede: Bayern ist das Land mit den besten Zukunftsperspektiven für unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Auch dank unserer Haushaltsdisziplin werden wir den kommenden Generationen Chancen statt Schulden vererben. Wir kommen unserer Verantwortung für die junge Generation unter anderem dadurch nach, dass wir im Doppelhaushalt einen Schuldenabbau in Höhe von 1 Milliarde Euro vorsehen. Seit dem Jahr 2012 haben wir insgesamt 4,6 Milliarden Euro Schulden abgebaut.

In diesem Zusammenhang darf ich – und muss ich – wiederum den Vergleich mit Nordrhein-Westfalen anstellen: Die dortige Landesregierung plant trotz enorm hoher Steuereinnahmen in diesem Jahr mit 2 Milliarden Euro neuen Schulden. Wir zahlen in diesem Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro Schulden zurück. Diesen Kurs setzen wir in den nächsten Jahren konsequent fort. Ich gehe davon aus, dass Bayern in einigen Jahren schuldenfrei sein wird. Meine Damen und Herren von der Opposition, nennen Sie mir ein anderes Bundesland, das diese Erfolgszahlen aufweisen kann!

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle will ich den Schuldenstand pro Einwohner Bayerns mit dem Schuldenstand pro Einwohner Nordrhein-Westfalens vergleichen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sollen sich mit Bayern beschäftigen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich weiß, dass Ihnen dieser Vergleich nicht gefällt. – Wir haben einen Schuldenstand pro Einwohner in Höhe von 2.707 Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

In Nordrhein-Westfalen sind es 13.576 Euro. Das ist das Fünffache des Wertes des Freistaates Bayern! Herr Güller, vielleicht können Sie mir später eines erklären: Sie behaupten immer, wir in Bayern hätten zu wenige Finanz- bzw. Steuerbeamte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt es, oder stimmt es nicht?)

Wenn die in Nordrhein-Westfalen so gut sind, warum haben die dann eine so hohe Verschuldung? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, lieber Herr Kollege Güller.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt, insbesondere durch die im Asylbereich anfallenden Kosten in Höhe von 4,7 Milliarden Euro. Diese Kosten schlagen insbesondere seit dem Jahr 2015 zu Buche. Gerade angesichts der hohen Belastungen, die nicht nur finanzieller Natur sind, möchte ich allen, die in diesem Bereich hauptamtlich oder ehrenamtlich mitarbeiten, für ihre großartige Arbeit ein herzliches Dankeschön sagen. Trotz dieser großen Belastungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht dieser Haushalt, wie ich meine, insbesondere auch für Solidität, Stabilität und auch Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach wie vor – das ist völlig klar – liegt der Ausgabenschwerpunkt des Einzelplans 06 natürlich bei den Personalausgaben. Diese belaufen sich auf rund 68 % der Gesamtausgaben. Das bedeutet, dass bei einem Gesamtvolumen von rund 2,59 Milliarden Euro im Jahr 2017 circa 1,77 Milliarden Euro und von ungefähr 2,67 Milliarden Euro im Jahr 2018 rund 1,83 Milliarden Euro als Ausgaben für Personal vorgesehen sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Beträgen werden im Jahr 2017 ungefähr 28.260 Stellen und im Jahr 2018 circa 28.750 Stellen finanziert; davon entfallen zwei Drittel auf die Finanzämter. Deswegen auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten und Mitarbeiter, die in diesem Bereich eine wunderbare und sehr, sehr gute Arbeit leisten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch ein paar Worte zum Thema Personalausstattung sagen, weil dieser Punkt von der Opposition insbesondere im Haushaltsausschuss immer wieder angesprochen oder auch kritisiert wird. Bitte erinnern Sie sich an den Nachtragshaushalt 2016. Allein in diesem Nachtrag haben wir für das Jahr 2016 insgesamt circa 5.400 neue Stellen beschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Großteil dieser Stellen ist insbesondere für die wichtigen Bereiche wie zum Beispiel innere Sicherheit, Integration oder Bildung vorgesehen. Dazu muss man einfach sagen, dass wir für die Menschen in unserer Region, für unsere Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern Enormes leisten.

Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2017/2018 rund 1.095 Plan- und Anwärterstellen vorgesehen. Insbesondere die Steuerverwaltung wird mit 103 neuen Planstellen und 800 – ich betone: 800 – neuen Anwärterstellen gestärkt. 30 neue Anwärterstellen und 28 neue Planstellen sind im Bereich der Vermessungsverwaltung vorgesehen. Das ist auch ein wichtiger Punkt, wie Sie alle wissen, auf den ich ausdrücklich hinweisen darf. Sie sind auch dem IT-Dienstleistungszentrum zuzuordnen. Auf das Landesamt für Finanzen entfallen 9 Planstellen und 120 Anwärterstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte diesen Punkt aber noch etwas konkreter ansprechen, insbesondere auch in Bezug auf die Personalentwicklung in unserer Steuerverwaltung oder Finanzverwaltung, da immer wieder auch die Steuersituation angesprochen wird. Der Doppelhaushalt 2017/2018 enthält auch 30 neue Planstellen zur Stärkung der Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug – Sie kennen den Begriff Steuer-FBI – und 20 Stellen zur Bekämpfung internationaler Steuervermeidung. Ich möchte auch deutlich hervorheben: Von 2009 bis 2016 hat die Steuerverwaltung bereits über 2.000 zusätzliche Stellen erhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bayern – das möchte ich auch noch ganz besonders hervorheben, weil es auch immer wieder von Herrn Güller und von anderen Kollegen im Ausschuss angesprochen wird – nimmt zudem bei der Effizienz und dem Prüfungsmehrergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ländervergleich einen Spitzenvergleich ein. Ich sage auch ganz bewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mehr Prüfer führen nicht automatisch zu proportional höheren Steuereinnahmen; denn 80 % der Steuermehreinnahmen stammen aus der Prüfung der großen Fälle, liebe Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin lückenlos geprüft werden.

Ich denke sehr gerne daran zurück, als vor einigen Wochen die neuen Beamtenanwärter von unserem Staatsminister Dr. Markus Söder in Nürnberg vereidigt wurden. Das war eine großartige Veranstaltung in der Meistersingerhalle. Weit über 1.000 neue Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter wurden dort vereidigt. Das war, wie ich bereits gesagt habe, eine großartige Veranstaltung und für mich persönlich sehr beeindruckend.

Ich habe auch immer wieder ausdrücklich betont, insbesondere auch bei den Debatten im Haushaltsausschuss: Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Finanzschulen sind derzeit bis auf den letzten Platz mit Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärtern gefüllt. Dies gilt sowohl für die Finanzschulen als auch für unsere Beamtenfachhochschulen in Herrsching und in Kaufbeuren. Daran sieht man sehr deutlich, dass wir gerade auch bei der Beamtenausbildung sehr, sehr viel tun, insbe-

sondere im Bereich der Finanz- und Steuerverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Ausgabenschwerpunkt betrifft insbesondere das Breitbandförderprogramm – Stichworte Heimatstrategie, Breitband, BayernWLAN oder auch BayernLabs. Sie wissen alle: Um eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet bis zum Jahr 2018 zu erreichen – das ist auch unsere große Zielvorstellung, insbesondere die Zielvorstellung unseres Finanzministers Dr. Markus Söder –, werden die Mittel für Breitbandförderverfahren um 100 Millionen Euro aufgestockt. Zudem werden neben Breitband auch die BayernLabs bis zu einer Höhe von 7,2 Millionen Euro sowie das BayernWLAN mitfinanziert. Als Vertreter des ländlichen Raums – ich spreche für meinen Stimmkreis, der auch eine sehr strukturschwache Gegend ist – bin ich sehr dankbar dafür, dass zum Beispiel auch bei mir in der Kreisstadt Neustadt an der Aisch ein BayernLab eingerichtet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage noch einmal sehr deutlich – das haben wir auch schon gestern bei der Diskussion über das Wirtschaftsministerium und auch über die Breitbandförderung gehört; Stichwort Heimatstrategie –: Digitalisierung ist natürlich sehr, sehr wichtig, gerade auch für die Entwicklung des ländlichen Raums. Sie wissen alle, dass wir bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Versorgung erreichen möchten, wofür wir insgesamt 1,5 Milliarden Euro vorgesehen haben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind insgesamt 600 Millionen Euro vorgesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr stolz, dass von unseren 2.056 Kommunen in Bayern bereits 1.964 Kommunen im Verfahren sind. Somit beteiligen sich immerhin 96 % der Kommunen im Freistaat Bayern an diesem Verfahren. Das Staatsministerium der Finanzen hat bereits Förderbescheide in Höhe von 491 Millionen Euro an insgesamt 1.300 Kommunen übergeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Förderhöhe ist ein ganz entscheidender Punkt, gerade auch für uns Kommunalpolitiker. Ich ziehe als Beispiel wieder meinen Landkreis Neustadt an der Aisch/Bad Windsheim heran. Dieser Landkreis ist struktur-

schwach – das habe ich vorhin schon erwähnt – und hat 38 Kommunen. 29 Kommunen in diesem Landkreis bekommen beim Breitbandausbau eine staatliche Förderung in Höhe von 80 % und 9 Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bekommen eine Förderung in Höhe von 90 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Stärkung des ländlichen Raumes, wofür ich sehr dankbar bin.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich spielt auch das freie WLAN eine wichtige Rolle; ich meine das BayernWLAN sowohl für den ländlichen Raum als auch für die Städte bei uns im Freistaat Bayern. Hierfür sind im Doppelhaushalt 10,8 Millionen Euro vorgesehen. Wir haben derzeit bereits 850 Hotspots an über 140 Standorten. Diese sind bereits verfügbar. Weitere 620 Kommunen haben bereits Interesse am BayernWLAN bekundet; 370 Kommunen befinden sich derzeit in der Umsetzungsphase.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch noch einen anderen ganz, ganz wichtigen Punkt ansprechen: Die Regionalisierung von Verwaltung und die Behördenverlagerung. Dies steht auch wieder unter der Überschrift Heimatstrategie. Für unseren ländlichen Raum ist das wichtig. Ich bin sehr dankbar, dass Behördenverlagerungen vorgenommen werden. Ich wundere mich schon über die Haltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Als Beispiel sei nur gesagt: Wie kann man sich dagegen aussprechen, das Landesamt für Schule ins strukturschwache Westmittelfranken, in den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, zu verlagern bzw. dort aufzubauen? Das sind Maßnahmen, die den strukturschwachen Teil Bayerns, vor allem Westmittelfranken, stärken würden. Für diese Maßnahmen bin ich sehr dankbar. Wir stemmen eine Verlagerung von 50 Behörden und Einrichtungen mit insgesamt 3.155 Beschäftigten. Für diese wichtigen Entscheidungen möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Mit Mitteln in Höhe von 13,2 Millionen Euro bzw. 17 Millionen Euro werden auch im Bereich der Behördenverlagerung Baumaßnahmen angegangen. Zu den Baumaßnahmen zählt beispielsweise der Neubau der Finanzfachschule Nord in Kronach. Dafür sind vermutlich die Kollegen aus Oberfranken sehr dankbar. Die geschätzten Kosten hierfür betragen 50 Millionen Euro. Zu den Baumaßnahmen zählt auch die Erweiterung der Landesfinanzschule in Ansbach. Dafür ist bestimmt der Kollege Ströbel sehr dankbar. Die Kosten hierfür betragen etwa 53,8 Millionen Euro. Für die Generalsanierung der Festung Marienberg sind Mittel in Höhe von 14,6 Millionen Euro vorgesehen. Die staatliche Hochbaumaßnahme für die Unterbringung von Anwärtern für die Landesfinanzschule Bayern in Dinkelsbühl und für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Fachbereich Finanzwesen in Kaufbeuren sind wichtige Angelegenheiten. Für den Fachbereich Polizei ist eine Teilverlagerung von Sulzbach-Rosenberg in die Klosterburg Kastl vorgesehen. Dort soll eine neue Außenstelle entstehen. An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Kollegen Peter Winter bedanken, der sich für diese Maßnahme sehr, stark eingesetzt hat.

Die Vermessungsverwaltung ist für mich als Vertreter des ländlichen Raumes eine wichtige Angelegenheit. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Ich erlebe selbst immer wieder, welche gute Arbeit vor Ort geleistet wird. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vermessungsverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass beim Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung bis zum Jahre 2018 acht BayernLabs eingerichtet werden. Diese werden aus den Mitteln für die Breitbandförderung finanziert. Zur Umsetzung der Behördenverlagerung wird im Rahmen der Heimatstrategie das Landesluftbildarchiv von München nach Neustadt an der Aisch verlagert und museal ausgestattet. Dafür bin ich sehr dankbar. Auch wurde das Flächenmanagementverfahren der IMBY im September 2016 erfolgreich abgeschlossen.

Ich möchte auch noch ein Wort zur Schlösserverwaltung sagen. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Bewältigung ihrer Aufgabe. Der Sachaufwand der Schlösserverwaltung steigt im Haushaltsjahr 2017 um 1,4 Millionen Euro auf 24,6 Millionen Euro. Das Bürgerlebnismuseum in Cadolzburg wird im Jahre 2017 eröffnet, ebenso eine Fränkische Weinlounge. Nach unserer anstrengenden Sitzung in der letzten Woche hatte ich in Cadolzburg einen wichtigen Termin mit dem Minister Markus Söder. Ich wundere mich schon etwas, dass sich ein Vertreter der FREI-EN WÄHLER aus Unterfranken massiv gegen diese Eröffnung und gegen die wichtige Maßnahme ausspricht. Außerdem werden zusätzliche Mittel für die Fremdvergabe von gärtnerischen Pflegeleistungen ausgegeben.

Abschließend will ich mit Stolz zu jedem, der der Meinung ist, dass wir die Lasten nicht auf die Schultern unserer jungen Generationen legen dürfen, sagen: Seit dem Jahr 2006 hat Bayern nun schon zum zwölften und dreizehnten Mal einen allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Dieser Haushalt ist auch die Grundlage für die erfolgreiche Weiterentwicklung Bayerns, und er ist ein Zeichen unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Deswegen werden wir auch im Jahre 2017 und 2018 weiterhin die Schulden abbauen. Das habe ich vorher bereits gesagt. Wir werden auch im Doppelhaushalt einen Schuldenabbau in Höhe von 1 Milliarde Euro vornehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das 1 Milliarde Euro an Schuldentilgung vornehmen kann. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das eine Investitionsquote von 11,7 % hat. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das auch bei den wichtigen Themen wie Zuwanderung und Integration eine Summe von 4,7 Milliarden Euro in die Hand nimmt. Nennen Sie mir ein Land in Deutschland, das im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Zahlungen von 12,4 Milliarden Euro – 12,4 Milliarden Euro! – im Doppelhaushalt vornehmen kann. Das schafft nur unser Freistaat Bayern mit unserer Staatsregierung und mit der Mehrheitsfraktion der CSU in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend sage ich: Trotz der soeben erwähnten finanziellen Belastungen wie der Länderfinanzausgleich oder auch die Flüchtlingsangelegenheiten machen wir keine Abschläge beim kraftvollen Doppelhaushalt 2017/18. Wir kommen auch in Zukunft ohne neue Schulden aus. Wir setzen auch weiterhin auf Schuldentilgung. Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen Deutschlands. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 06. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Güller von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! In Richtung der CSU sei zunächst eines gesagt: Wir reden hier über den Haushalt des Freistaates Bayern. Wir sitzen im Bayerischen Landtag, und wir, mit denen Sie reden, sind unter anderem die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden versuchen – und dazu sind wir gemeinsam aufgefordert –, für ein gutes Bayern in 15 und auch in 20 Jahren zu arbeiten. Hier helfen Vergleiche mit anderen Bundesländern wenig.

(Hans Herold (CSU): Das hört er nicht gerne!)

Wir arbeiten daran, das Beste aus unserem schönen Bayern zu machen. Aber gleichzeitig soll auch die Solidarität innerhalb der Bundesrepublik und der Europäischen Union nicht ganz vergessen werden. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen kommen. Richtig ist, dass es einen Fortschritt bei der Finanzverwaltung gibt. Es gibt zusätzliche Stellen. Es gibt zusätzliche Positionen für Anwärter. Das ist nach Jahren des Kahlschlags unter Herrn Stoiber und des Stillstands mehr als notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie nicht immer mehrere Jahre brauchen würden, bis Sie die Größe haben, SPD-Anträge zu übernehmen, dann hätten wir diese Stärke schon seit Längerem erreicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau!)

Richtig ist – das hat der Kollege Herold gesagt –, dass mehr Prüfer natürlich nicht immer genauso viele Mehreinnahmen bedeuten. Hier gibt es einen Grenznutzen. Die Prüfzyklen in Bayern sind aber sehr lang. Fleißige Beamtinnen und Beamte mühen sich ab und kommen trotzdem nicht durch. Das liegt daran, dass wir prosperieren und dass es natürlich mehr Firmen und mehr Großunternehmen in Bayern gibt. Wir sind von der Steuergerechtigkeit, bei der jeder die Steuern zahlt, die heute gesetzlich festgeschrieben sind, noch sehr, sehr weit entfernt. Deswegen ist ein Aufwuchs an dieser Stelle nicht nur im Interesse der Einnahmen des Freistaats, sondern auch im Interesse der Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft. Diese hat der Ministerpräsident bei seiner vorgestrigen Rede als einen seiner zentralen Punkte genannt. Er hat sich auch auf Artikel 151 der Bayerischen Verfassung bezogen.

Ja, auch beim Thema Breitband ist es vorangegangen. Auch hier haben Sie wieder nach jahrelanger Verzögerung SPD-Anträge übernommen. Zwar haben wir Zeit verloren, wir sind aber jetzt auf dem richtigen Weg. Ich nehme für uns als SPD im Bayerischen Landtag in Anspruch, dass wir es waren und sind, die diese Signale rechtzeitig gesetzt haben. Sie hoppeln uns nur einige Jahre später hinterher.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mir wünschen, dass Sie das auch bei der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen machen. Diese haben Sie gerade so gelobt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind selbstverständlich zu loben. Für die knappe Personalausstattung leisten sie fast Übermenschliches. Wir haben immer mehr Touristen – Gott sei Dank –, die unsere Schlösser und Seen besuchen. Immer mehr Menschen in Bayern sind jeden Tag im Jahr und fast 24 Stunden in unseren Gärten, beispielsweise im Englischen Garten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das ermöglichen, hätten eine personelle Entlastung verdient. Leider haben Sie diesen Antrag in diesem Jahr abgelehnt. Statt 100 zusätzlichen Stellen wollen Sie vielleicht 10 Stellen schaffen. Möglicherweise wollen Sie Gartenpflegeaufträge nach außen geben. So stellen wir uns die Zukunft für Bayern und die Bewahrung seiner Schönheit nicht vor.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt ist heute generell zu behandeln. Er ist eine Visitenkarte des Finanzministers. Mit dem Haushalt besteht die Möglichkeit, Format zu zeigen. Der Haushalt ist ein Test und ein Warmlaufen für den Kampf um die Staatskanzlei. Deswegen prüfen wir diesen Haushalt unter folgendem Aspekt: Werden die Weichen für ein gutes Bayern auch in 15 oder 20 Jahren richtig gestellt? – Leider müssen wir feststellen, dass an zentralen Punkten sowohl bei den Investitionen als auch beim Personal die Weichen nicht gestellt werden oder nur zaghaf und verspätet in die richtige Richtung gehen. Der Haushalt ist sehr halbherzig. Das größte Versäumnis in diesem Haushalt ist sicherlich der Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund hat die richtige Entscheidung getroffen, 500 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in den Wohnungsbau zu investieren. Was machen Sie? – Sie halbieren die Landesmittel, statt dem Bund zu folgen. Sie sollten sagen: Was der Bund macht, ist rich-

tig, und wir geben auch noch etwas drauf. Die Lage im sozialen Wohnungsbau ist sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum dramatisch: Wir werden in Bayern in den kommenden fünf Jahren 100.000 neue Wohnungen brauchen. Selbstverständlich hat das auch etwas mit Zuzug zu tun. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns dieser Herausforderung stellen. Dieser Herausforderung stellen Sie sich in diesem Haushalt jedoch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nach meiner Auffassung rechtfertigt schon dieser eine Punkt die Ablehnung des Gesamthaushalts.

Sie nehmen aber auch bei den Investitionen in staatliche Gebäude, in die Infrastruktur, in Straßen, Brücken, Verkehrswege allgemein und in die Kommunen – ich nenne die kommunalen Bäder – nicht die notwendigen Weichenstellungen vor. Herr Söder, an dieser Stelle muss ich sagen: Mit diesem Haushalt beweisen Sie nicht das Format, den Freistaat Bayern gut in die kommenden 15 oder 20 Jahre zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Personal. Das schauen wir uns sehr genau an. Sie haben bereits einige Vorschläge von uns aufgenommen. Sie haben, wenn auch halbherzig, mehr Beförderungsmöglichkeiten für unsere Beamten geschaffen. Wir sagen: Es müssten doppelt so viele sein. Wir sind jedoch zufrieden, dass Sie wenigstens einen Teil unserer Forderungen der letzten Jahre aufgenommen haben. Unsere Kritik zu den Stellenobergrenzen haben Sie in den letzten Jahren, wenn auch ebenfalls halbherzig, angenommen. Die Stellenobergrenzen fahren Sie jetzt teilweise zurück. Bei den Wiederbesetzungssperren gibt es allerdings keinerlei Bewegung. Herr Finanzminister Söder, ist es gute Personalführung, wenn für alle Stellen in diesem Haushalt eine Wiederbesetzungssperre für drei Monate vorgesehen ist? Ist es denn nicht sinnvoller, sich jede Stelle einzeln anzuschauen? Ist es denn nicht sinnvoller, jedes Ministerium einzeln durchzugehen? Ist es denn nicht sinnvoller, den Bedarf in den einzelnen Bereichen zu prüfen?

Wo haben wir mehr Bedarf, wo weniger Bedarf in den nächsten Jahren? – Sie gehen mit dem Rasenmäher an das Thema heran. Das lehnen wir ab. Wir sagen: Man muss an dieser Stelle viel präziser vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für Behördenverlagerungen. Ich habe nichts gegen die Entscheidung, Behörden und Strukturen aus dem Großraum München herauszunehmen. Ich habe nichts gegen Überlegungen, ein Gesundheits- und Pflegeministerium auch woanders anzusiedeln. Ich habe nichts gegen die Überlegung, ein Landesamt für Schule in Weißenburg einzurichten. Sie werden jedoch nicht von Strukturüberlegungen, sondern von Aktionismus getrieben. Sie schauen in Ihr Kabinett und suchen die nach Ihrer Auffassung schwächste Ministerin: Wo habe ich am wenigsten Gegenwehr zu erwarten? Darum verlagere ich das Ministerium für Gesundheit und Pflege von Frau Huml nach Nürnberg. – Das sind keine Strukturüberlegungen. Das ist blanker Populismus, der die Behördenstruktur in Bayern nicht verbessert.

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Eine gute Entscheidung! – Kerstin Schreyer (CSU): Eine Frechheit ist das! Sie können nicht so über die Ministerin reden!)

– Kollegin Schreyer, Sie können noch so schreien; das ist keine Frechheit, sondern die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Welche Politik macht Ihr Finanzminister in diesem Freistaat? – Er geht durch die einzelnen Stimmkreise und verteilt Förderbescheide. In jedem Landkreis versucht er, noch eine Kollegin oder einen Kollegen für den anstehenden Wahlkampf zu gewinnen. Als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten versucht er, Häkchen dahinter zu setzen. Das ist doch keine Strukturpolitik für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Politik für die CSU, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Auf diese Weise sollten wir keine Politik machen.

(Kerstin Schreyer (CSU): Sie greifen die Ministerin an!)

– Frau Kollegin, wer schreit und einen roten Kopf bekommt, hat meistens unrecht.

(Kerstin Schreyer (CSU): Dann haben Sie auf keinen Fall recht! – Unruhe)

Lassen Sie mich am Ende zur Steuerpolitik kommen. Ein Haushalt muss sich auch an der Gestaltung der Einnahmen und an der Aufstellung des Finanzministers beim Thema Steuerpolitik messen lassen. Hinsichtlich der Vermögensteuer für Millionärseinkommen vertreten wir unterschiedliche Auffassungen. Außerdem haben wir eine unterschiedliche Auffassung im Hinblick auf die Erbschaftsteuer bei Millionären und Milliardären. Das brauche ich an dieser Stelle nicht weiter auszuführen. Zusätzlich senden Sie jedoch völlig falsche Zeichen aus, wenn Sie regionalisierte Steuern fordern. Welche Signale senden Sie damit an die Engelhorns und die Millionärserven in Deutschland und Europa aus? – Kommt nach Bayern; in Bayern müsst ihr weniger als in anderen Ländern bezahlen. Das ist für uns nicht die soziale Gerechtigkeit, die Herr Ministerpräsident Seehofer vorgestern in den Mittelpunkt gestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich kann man mit uns über das Thema Erbschaftsteuer diskutieren. Es darf keine Substanzbesteuerung geben. Die Fortführung kleiner und mittelständischer Unternehmen muss auf jeden Fall gesichert sein. Diese Steuer deswegen generell abzulehnen, ist aber der falsche Weg.

Zum Thema Grundsteuer: Herr Minister, wir sind bei Ihnen, dass die von anderen Bundesländern auf die Tagesordnung gesetzte Grundsteuerreform und die damit vorgesehene Struktur mit uns in Bayern nicht zu machen ist. Hamburg steht da an unserer

Seite. Wir sind der Auffassung, dass wir gerade bei den hohen Grundstückspreisen in Bayern aufpassen müssen, dass die Mieterinnen und Mieter und die normalen Häuslebesitzer nicht zusätzlich belastet werden. Ich spreche von Häuslebesitzern, nicht von Villenbesitzern. Wir müssen aber sehen, dass wir eine Änderung der Grundsteuer hinbekommen, weil die Grundsteuer verfassungswidrig werden könnte, wenn zu lange keine Änderungen und Neubewertungen vorgenommen werden. Dann würde dieses Thema hinten runterfallen. Von einem Finanzminister erwarte ich mir hier deutlich mehr Akzente.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte auch beim Thema Finanztransaktionssteuer mehr Akzente. Ich erwarte mehr Akzente bezüglich der europäischen und der internationalen Grundlagen für die Berechnung der Körperschaftsteuer. Nur wenn wir die entsprechenden Grundlagen schaffen, können wir eine Steuerflucht à la Apple oder eine Steuerflucht à la Starbucks verhindern. Ich sehe aber, dass Sie das gar nicht wollen. Jetzt geht die Europäische Union einmal gegen eine Firma wie Apple vor und fordert Milliardenbeträge an Steuern nach, die nicht bezahlt worden sind. Sie stellen sich auf die Seite dieses Unternehmens und sagen: Das ist aber ungerecht. Die haben doch ein ganz nettes Schlupfloch gefunden. Herr Dr. Söder, diese Steuerpolitik ist mit der SPD in diesem Landtag nicht zu machen!

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich natürlich im Namen der SPD den Mitgliedern meiner Fraktion im Haushaltsausschuss, nämlich Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl, ganz herzlich danken. Ihr habt in den 29 Stunden reiner Sitzungszeit und bei der Bearbeitung von 550 Änderungsanträgen toll mitgekämpft. Das gilt auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts und der Ministerien. Dafür ein herzlicher Dank!

Ich unterscheide mich jetzt vielleicht ein bisschen von anderen, aber ich möchte auch einen herzlichen Dank an die Abgeordneten der anderen Oppositionsfraktionen, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen der CSU richten. Herr Kreuzer hat gestern gesagt, er sei schon 22 Jahre hier. Übrigens, ich bin auch schon 22 Jahre hier, davon 17 Jahre als Abgeordneter. Ich habe aber nicht behauptet, dass alles, was jemand anderer sagt, von vornherein falsch und blöd sei und es nicht notwendig sei, darüber nachzudenken. Diese Überheblichkeit habe ich nicht. Deshalb auch ein herzlicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen der CSU im Haushaltsausschuss, die unter der Führung von Peter Winter und von Hans Herold stehen. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir übernehmen nicht alles, was ihr sagt. Nicht alles ist richtig. Aber in vielen eurer Wortbeiträge steckt auch ein Quäntchen Wahrheit. Ich erwarte von der CSU, dass sie das auch den Äußerungen von Abgeordneten der SPD-Fraktion zubilligt. Bei Herrn Kreuzer habe ich das gestern schmerzlich vermisst.

(Beifall bei der SPD)

Wie ich bereits ausgeführt habe, ist dieser Haushalt zu zaghaft aufgestellt. Mit ihm werden nicht die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Deshalb werden wir diesen Haushalt ablehnen. Wir werden es besser machen, wenn wir dran sind.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Muthmann von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Guten Morgen, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Einzelplan 06 möchte ich vier Aspekte ansprechen, nämlich die Finanzverwaltung und hier insbesondere die Personalausstattung, die Themen Breitband und IT, den Länderfinanzausgleich und vor allem die

Landesentwicklung. Schließlich ist Herr Dr. Söder nicht nur Finanzminister, sondern auch Heimatminister.

Dem Finanz- und Heimatminister wird ein gutes Gespür dafür nachgesagt, wo er sich in Szene setzen kann. Allerdings ist der Minister nicht überall, wo er sich am besten in Szene setzen kann, auch am meisten gefragt. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, angesichts Ihrer Ambitionen, die Sie wirklich jederzeit, bei passender und auch bei unpassender Gelegenheit, alle Menschen wissen lassen, ob sie es nun hören wollen oder nicht, müssen wir einmal klären, ob Sie auch komplexe, koordinative Aufgaben bewältigen können.

(Hans Herold (CSU): Das kann er sehr gut!)

Ich möchte diese Frage anhand der eingangs genannten vier Punkte beleuchten. Zunächst jedoch eine Vorbemerkung, die für den Politikstil symptomatisch ist. Wir haben dieser Tage den Finanz- und Heimatbrief erhalten, den wir uns natürlich angesehen haben. In der Fotoausstellung "Pressefoto des Jahres", die draußen im Foyer gezeigt wird, haben wir gelernt, dass Fotos Geschichten erzählen, wenn sie denn gut sind. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir uns die Fotos auf der letzten Seite des Finanz- und Heimatbriefes angesehen. Auf einem Foto, das Ihr Haus, vielleicht auch Sie selbst, ausgewählt hat, sind Sie zu sehen, als Sie vielen engagierten Kulturschaffenden den Heimatpreis in Regensburg ausgehändigt haben. Dieses Foto ist deswegen symptomatisch, weil Sie darauf mit Ihrem Gefolge vorne im Mittelpunkt stehen, während die, um die es geht, sich im Hintergrund zwischen zwei Säulen "zusammenpferchen" müssen. Auf diesem Foto kann man schon gar nicht mehr erkennen, wer eigentlich im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stehen sollte. Dieses Foto macht deutlich, was Ihnen wichtig ist, nämlich vor allem Sie selbst und Ihre öffentliche Wirkung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich aber zunächst zur Finanzverwaltung kommen. Wir haben Rekordsteuereinnahmen. Wir müssen uns noch einmal deutlich machen, dass die Steuerein-

nahmen in Bayern in den letzten zehn Jahren um über 50 % gestiegen sind, und das bei immer komplexer werdenden Sachverhalten, bei immer mehr Auslandsbeziehungen und, was uns freut, bei immer mehr Steuerpflichtigen. Da ist es nur eine Frage der Steuergerechtigkeit und einer vernünftigen, angemessenen Arbeitsbelastung, dass auch die Finanzverwaltung personell endlich nachzieht.

Herr Kollege Güller hat bereits darauf hingewiesen, dass die Oppositionsparteien seit Jahren auf diesen Missstand hinweisen. Wir halten es deshalb für richtig, dass wir jetzt mit diesem Doppelhaushalt 103 neue Planstellen und 800 Anwärterstellen zusätzlich bekommen. Das entspricht unserer langjährigen Forderung. Die Bayerische Finanzgewerkschaft und die FREIEN WÄHLER erkennen das als richtig und wichtig an.

Mit den Stellenhebungen sind wir noch nicht ganz einverstanden; denn Stellenhebungen sind ein wichtiger Motivationsimpuls für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits da sind. Hier könnte und müsste mehr getan werden. Zu den Themen Stellenbesetzungen und Stellenbesetzungssperren möchte ich nicht alles wiederholen, sondern verweise auf das, was Herr Kollege Güller schon gesagt hat. Allerdings ist es jetzt wirklich an der Zeit, den Artikel 6b für beendet zu erklären und zu streichen. Natürlich sind auch wir der Meinung, dass in allen Bereichen auf eine angemessene Stellenbesetzung geachtet werden muss. Wo Aufgaben reduziert werden, dort kann auch mit einer Personalreduzierung reagiert werden. Aber die Zeiten, in denen man einfach nach Stelleneinsparmöglichkeiten suchen konnte, ohne das mit einer Aufgabenkritik zu verbinden, müssen vorbei sein. Das ist nicht mehr angemessen, das ist nicht mehr zeitgemäß. Das gilt auch angesichts der vielen Stellen in anderen Bereichen. Das macht doch deutlich, dass wir über die eigentlichen Ideen des Artikels 6b hinaus sind. Er ist ein Anachronismus, den es endlich aufzuheben gilt.

Für Breitband, IT, WLAN, BayernLabs und zuletzt für das Projekt "eDorf" stehen in Ihrem Geschäftsbereich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist in vielerlei Hinsicht anzuerkennen, und das wurde auch zum rechten Zeitpunkt gemacht. Als Sie diese Aufgabe übernommen haben, wurde durch Verfahrensvereinfachungen und durch

eine zusätzliche Mittelausstattung eine ganz neue Dynamik hineingebracht. Jetzt ist es aber nicht mehr an der Zeit, immer weitere Huldigungen auszusprechen. Wir haben auch gehört: Mittlerweile haben 1.300 Gemeinden ihren Förderbescheid bekommen. Wahrscheinlich hat der Finanzminister davon 1.200 persönlich überreicht.

(Hans Herold (CSU): Alle! – Heiterkeit bei der CSU)

– Wenn ich das richtig beobachtet habe, hat auch sein Staatssekretär ein paar ausgehändigt. – Sie, Herr Minister, sonnen sich nach wie vor bei diesen Presseterminen. Förderbescheide könnten aber auch Ihre Mitarbeiter aushändigen. Des Ministers Aufgabe wäre es jetzt, die nächsten Entwicklungskonzepte vorzulegen. 30 Mbit/s, 50 Mbit/s sind passé. Das ist keine Zukunftsstrategie mehr. Der Minister sollte jetzt nicht weitere Hunderte von Förderbescheiden präsentieren und aushändigen und sich dabei fotografieren lassen, sondern jetzt wäre es an der Zeit, die Frage zu beantworten: Was kommt, was haben Sie vor? Wie sieht es aus, kommt Glasfaser in jedes Haus, und mit welchen Geschwindigkeiten und Kapazitäten? – Hier, an dieser Stelle, beweisen Sie, ob Sie nicht nur Förderbescheide überreichen können, sondern ob Sie auch ein guter Strategie sind. Bekanntermaßen gibt es diesbezüglich an verschiedenen Stellen Zweifel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Länderfinanzausgleich: Nur noch einmal ganz kurz: Es gibt 1,3 Milliarden Euro ab 2020. Das ist durchaus anzuerkennen. Auch dafür haben Sie sich im Haushaltsausschuss danken und huldigen lassen. Die Frage ist aber doch: Was haben Sie dazu überhaupt beigetragen? Richtig schwierig war die Lage schon; denn wir hören seit Tagen, dass Bayern in jeder Hinsicht spitze ist, dass alle Bayern beneiden.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Jawohl!)

Wenn man vor diesem Hintergrund und in diesem Bewusstsein bei den anderen Bundesländern und im Bund eine Entlastung für Bayern erreichen will, dann ist das sicher-

lich eine schwierige, eine fordernde Aufgabe. Was haben Sie dazu beigetragen? – Sie haben zunächst Forderungen erhoben, zunächst nach vier Millionen Euro Entlastung, später hat es geheißen, es müssten zwei Millionen Euro sein. Das Ziel, über das wir heute nicht mehr zu reden haben, haben Sie aber nicht erreicht. Ihr Haus hat dazu vielleicht Informationen beigetragen, mehr aber nicht. Als großer Stratege hätten Sie sich da unter Beweis stellen können. Das ist Ihnen aber nicht gelungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gelingt Ihnen am allerwenigsten in der Landesentwicklung. Auch die Landesentwicklung ist nur dann kraftvoll und erfolgreich zu meistern, wenn man die Aufgaben über die Ministerien hinweg koordiniert. Das ist eben auch ein Fall für Strategen. Das Thema Breitband, das auch dazu gehört, habe ich benannt und anerkannt. Ich habe aber auch aufgezeigt, welche Hausaufgaben hier mittlerweile versäumt werden.

Die Behördenverlagerung unterstützen wir. Wir halten sie auch für richtig, auch in Ihrem Zuständigkeitsbereich. Ich verweise auf die Finanzschule Nord in Kronach, die Finanzschule Ansbach. Beide wurden mit viel Geld ausgestattet. Das ist richtig und wichtig, doch auch da haben wir von Anfang an eine Strategie, einen Zeit- und Finanzierungsplan, einen Masterplan eingefordert. Sie haben sich dem bislang verweigert. Immerhin haben Sie zuletzt im Haushaltsausschuss für Anfang 2017 einen Bericht über den derzeitigen Stand der Planungen zu den Behördenverlagerungen zugesagt. Auf den warten wir gespannt.

Gestern hat Staatsminister Helmut Brunner bei der Beratung des Haushalts für die Landwirtschaft gesagt, er sei der Heimatminister des ländlichen Raums. Es sollte Ihnen zu denken geben, wenn andere Kollegen diese Aufgabe im ländlichen Raum übernehmen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir arbeiten teamorientiert! – Volkmar Halbleib

(SPD): Seit wann?)

– Im Team zu arbeiten ist besonders dann wichtig, wenn Einzelne Schwächen zeigen, damit andere das dann kompensieren können. Darum geht es mir jetzt gerade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Ministerpräsident hat am Dienstag von blühenden Landschaften überall in Bayern gesprochen. Überall in Bayern!

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Etwa zur gleichen Zeit erklärt der Heimatminister halb Bayern zu Regionen mit besonderem Handlungsbedarf. An dieser Stelle ergibt sich die Frage: Tut er das auch zu Recht?

(Volkmar Halbleib (SPD): Irgendwas stimmt doch da nicht!)

Das ist keine Strategie. Die Aktion, die Regionen mit besonderem Handlungsbedarf auszuweisen, ist nichts, was Strategie beinhaltet. Auch das ist wieder einmal nichts anderes als eine substanzlose Show.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das führt letztlich zur Förderung mit der Gießkanne anstatt zu zielgenauer Unterstützung der besonders unterstützungswürdigen Regionen. Dasselbe Thema müssten wir bei den zentralen Orten in der Landesplanung beklagen. Der zuständige Minister plant, die ohnehin schon bestehenden 900 zentralen Orte um 59 weitere auszuweiten. Damit ist dann jede zweite Gemeinde in Bayern ein zentraler Ort. Was ist seine Strategie? – Seine Strategie ist, 59 weiteren Gemeinden einen Anerkennungsbescheid auszuhändigen. Das hat mit substanzvoller Landesplanung und Gestaltung aber leider nichts zu tun. Wenn Sie gestaltende Landesplanung wirklich ernst meinten, dann wäre eine Reduzierung und Konzentration bei den zentralen Orten notwendig und dann eine staatliche Förderung. Die Landesplanung ist nun einmal etwas Überfachliches,

sehr geehrter Herr Staatsminister. Da könnten Sie als Koordinator zwischen den Ministerien auftreten und steuern.

Ihre Strategie ist in diesen Zeiten hingegen, es sich mit niemandem, aber auch wirklich mit gar niemandem zu verscherzen. In diesem Zusammenhang haben Sie im Haushaltsausschuss auch erklärt, bei Einsparungsfragen würden Sie die eine oder andere Stelle in anderen Ressorts durchaus hinterfragen wollen. Sie wollten aber die Harmonie in der Staatsregierung nicht stören. Harmonie per se ist aber, wenn es um die Sache geht, wenn es um die Menschen in Bayern geht, kein Wert an sich. Führen, steuern, koordinieren, Strategien umsetzen, die Richtlinienkompetenz ausüben, das wäre in der Landesplanung vonnöten. Hier müssen wir aber leider eine Fehlanzeige konstatieren.

Wir erwarten in der Landesplanung endlich Antworten darauf, wie es in der Grundversorgung aussieht, wie die Gesundheitsinfrastruktur, wie die Hausärzteversorgung in allen Bereich Bayerns gesichert werden soll. Wir brauchen flächendeckende Betreuungsangebote, und zwar für Jung und Alt. Das ist ein Thema, das gerade in den ländlichen Regionen, in den wirtschaftsschwächeren Gebieten, von den jungen Leuten besonders genau beobachtet wird. Sie fragen: Was können wir erwarten? Wohin geht die Entwicklung? Können wir sicher sein, dass wir auch in 10 oder 20 Jahren die Infrastruktur zum Leben haben, die wir für uns und unsere Kinder brauchen? – Da ist eine Konzeption gefragt, da wird eine Strategie gebraucht. Fotos, Förderbescheide und bunte Papiere reichen dafür nicht aus.

Wir können Einzelplan 06 des Haushalts deshalb nicht zustimmen. Das werden Sie angesichts dieser Diagnose verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Mütze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen, Herr Präsident, guten Morgen, Herr Minister! Wir müssen über Steuern reden, wenn der Minister schon mal da ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was hat uns Minister Söder nicht schon alles an steuerpolitischen Errungenschaften versprochen: Fleißbonus, Pauschbetrag erhöhen, Hightech-Bonus, Bayern-Tarif, Regionalisierung der Erbschaftsteuer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist tatsächlich passiert? – Anpassung des Grundfreibetrags und Absenkung eines Bruchteils der kalten Progression, die sich seit 2005 angestaut hat. Eine echte Steuerentlastung, lieber Herr Minister, ist das nicht. Den einzigen Erfolg, der auf dieser Seite zu konstatieren wäre, den Länderfinanzausgleich, hat der Ministerpräsident verhandelt. Daran war der Minister auch nicht beteiligt. So ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt jetzt noch eine völlig verkorkste Erbschaftsteuerreform, die außer mehr Bürokratie nichts bringt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Was kommt 2017? – Die größte Steuersenkung aller Zeiten, nach zwölf Jahren Regierungsbeteiligung der CSU in Berlin, nach zwölf Jahren steuerpolitischen Stillstands. Ich korrigiere: kein Stillstand; Sie haben ja die Umsatzsteuer um 3 % erhöht. Von wegen: Wir senken die Steuern, keine Steuererhöhung mit der CSU. – Auch das ist eine der vielen Behauptungen, die nicht wahr sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Steuerpolitisch möglich wären eine Entlastung mittlerer Einkommen mit Gegenfinanzierung und eine gerechte Familienförderung, die Kinderarmut verhindert, die es auch in Bayern gibt, und die die Benachteiligung von alleinerziehenden unverheirateten

Paaren und von Paaren, die sich die Erwerbs- oder Sorgearbeit partnerschaftlich teilen, beendet. Alle sollen nach unserer Meinung ihren fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Daher wollen wir nicht nur anders besteuern, sondern auch Steuersümpfe austrocknen und das Steuersystem vereinfachen. Doch bislang sind die deutschen Finanzämter den großen Steuerabteilungen der Konzerne, die die Geschäfte unter anderem nach Panama vermitteln, oft hoffnungslos unterlegen. Ähnlich wie andere Staaten, die es bereits erfolgreich praktizieren, setzen wir uns daher für eine bundesweite Steuerfahndung mit Spezialeinheiten für große, multinationale Unternehmen und reiche Privatpersonen ein.

Ebenfalls helfen würde eine Vereinfachung des Steuersystems mit weniger Formulare und weniger Fragen. So könnte man über die Erhöhung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter den bürokratischen Aufwand reduzieren und viele selbstständige und mittelständische Unternehmen entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht den Erbschaftsteuerkompromiss, Ihren Kompromiss, auch wieder für verfassungswidrig erklärt. Dann müssen eben wir GRÜNEN eine Erbschaftsteuer entwickeln, die einfach und gerecht ist und keine Zweifel daran aufkommen lässt, dass sie verfassungskonform ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine sogenannte synthetische Erbschaftsteuer mit einer einheitlichen und breiten Bemessungsgrundlage für alle Vermögensarten kann die Ungerechtigkeit, die Sie jetzt wieder beschlossen haben, auflösen. Wir wollen eine Abschaffung vieler Steuervergünstigungen, einen einheitlichen Steuersatz von circa 15 % und unveränderte Freibeträge, damit das Wohneigentum, etwa Omas Häuschen, mit dem Sie immer hausieren gehen, in der Familie unverändert übertragen werden kann. Die tatsächliche Erbschaftsteuerbelastung steigt dann mit der Höhe des Vermögens natürlich. So soll es sein. Eine Gestaltung ist nicht mehr möglich. Eine Stundungsoption auch über

15 Jahre kann in diesem Fall, bei einem Steuersatz von 15 %, von jedem Betrieb getragen werden.

Der Anteil der Erbschaftsteuer aus hohen Erbschaften würde dadurch deutlich steigen, da sich die Umgehungsmöglichkeiten in Luft aufgelöst hätten. Diese Erbschaftsteuer, unsere Erbschaftsteuer, wäre einfach, ergiebig und gerecht. Damit kann bei einem Steuersatz von etwa 10 % ein Aufkommen von sechs Milliarden Euro erreicht werden. Das sagt auch das DIW. Das wäre eine Erbschaftsteuer, mit der man wirklich arbeiten kann.

Dass keiner mehr zahlen soll, wie Sie das immer vor sich hertragen, halten wir bei einer Steuerreform für falsch und populistisch. Steuer vermeidende Konzerne wie Starbucks, Amazon, Google und Apple, über die Sie, Herr Minister, gerne die Hand halten, sollen selbstverständlich mehr zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Unterschied zwischen CSU und GRÜNEN besteht darin, dass wir machbare und vor allen Dingen finanzierbare Konzepte machen, während die CSU das Blaue vom Himmel verspricht, ohne Gegenfinanzierung. Ob das finanzierbar ist, spielt keine Rolle. Nach der Wahl ist es eh egal.

(Lachen bei der CSU)

Wir brauchen keine wiederholten billigen Wahlversprechen mehr, Herr Minister. Sie haben gesagt, Sie wollen die kalte Progression und den Soli abschaffen. Ich bin gespannt, was davon nach der Wahl noch übrig bleibt.

Aber sehen wir uns den Haushalt an, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht dass Sie fragen: Was ist denn zum Haushalt gesagt? – Ein Blick in den Haushalt macht deutlich: Die CSU kann trotz der hohen Einnahmen und trotz der hohen Finanzkraft nur einen defizitären Haushalt aufstellen. Sie greifen wieder in die Rücklagen, um Ihren Haushalt finanzieren zu können. Glaubwürdig sind Ihre Ankündigungen daher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was brauchen wir für eine gerechte Steuerpolitik auch in Bayern? – Wir brauchen eine personell und technisch gut ausgestattete Finanzverwaltung. Die Arbeit daran haben Ihre Vorgänger schleifen lassen. Sie haben nun begonnen, das Problem anzugehen. Mit den 900 Anwärterstellen, die Sie in diesen Haushalt eingestellt haben, haben Sie uns tatsächlich überrascht. Aber das darf natürlich kein Einzelfall bleiben, Herr Minister. Das muss jetzt verstetigt werden; das brauchen wir jedes Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat in den letzten zehn Jahren an Bevölkerung, an Unternehmen und an Wirtschaftskraft gewonnen. Aber im Jahr 2006 gab es in Bayern 16.521 Beamten- und Arbeitnehmerstellen in der Steuerverwaltung, und heute gibt es davon 16.438. Das ist ein einfaches Rechenbeispiel. Wir haben weniger als vor zehn Jahren, ganz zu schweigen vom Personal-Ist, das noch einmal 1.500 Vollzeitstellen darunter liegt. Das können Sie gerne nachlesen.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Haushaltsantrag zu sehen. Es kann nicht angehen, dass man die Verwaltung noch mehr schwächt, indem man Abordnungen zum Landesamt für Steuern vornimmt, um dort die Löcher zu stopfen. Nein, vielmehr braucht es Personal im Landesamt für Steuern, und das abgeordnete Personal muss wieder zurückkehren, um an der Basis seine Arbeit leisten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man braucht es nicht für ein Steuer-FBI, für CSI Nürnberg oder für was weiß ich, was dem Minister noch alles vor der nächsten Wahl einfällt,

(Zuruf von der CSU: Mehr als euch!)

um vielleicht eine Fortsetzungsserie zu begründen, keine Ahnung.

Zur Heimatstrategie: 700 Stellen schaffen Sie zusätzlich, weil kaum Beschäftigte bereit sind, sich Ihrer Heimatstrategie anzuschließen und im wahrsten Sinne des Wortes dabei mitzugehen. Ihnen ist es auch egal, ob Sie die Verwaltung damit insgesamt schwächen. Beispiel Landesamt für Statistik: War es sinnvoll, das Landesamt für Statistik nach Nürnberg zu verlegen? Diese Frage kann man stellen.

(Hans Herold (CSU): Eine gute Entscheidung!)

Das hat das Landesamt definitiv für Jahre personell geschwächt. Das müssen Sie zugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Landesplanung wird mein Kollege Martin Stümpfig noch etwas sagen. Aber ein Bonmot möchte ich Ihnen gerne noch mitteilen. Gestern hat der Justizminister Bausback sich hier vehement gegen die Weihnachtsamnestie gewehrt. Er hat gesagt: Der Zeitpunkt der Entlassung eines Strafgefangenen sei keine Frage der Jahreszeit. – Der Minister war entsetzt, dass es in anderen Bundesländern so funktioniert. Der Minister Söder ist da etwas großzügiger, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf zitieren: Auch in diesem Jahr wollen bayerische Finanzämter von Weihnachten bis Neujahr einen Gang zurückschalten und Vollstreckungsmaßnahmen aussetzen. Die Mitarbeiter würden von Maßnahmen absehen, die als Belastung empfunden werden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Minister zeigt wie immer ein Herz für Steuervermeider und Steuergestalter. Dazu ist kein weiterer Kommentar notwendig.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat der Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde versuchen, mich den positiven Ausführungen meines Vorredners, Herrn Mütze, anzuschließen, was unseren Herrn Söder betrifft.

Dieser Heimatatlas ist kein Zukunftsatlas, wie Herr Herold heute Morgen den Ministerpräsidenten wiedergab; denn gerade das Heimatministerium plant eine Betonierung unserer Zukunft. Die Schaffung eines Heimatministeriums und die Ernennung von Markus Söder zu seinem Chef waren die schwersten Schläge, die unsere Heimat und die Landesentwicklung einstecken mussten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Herr Söder, Sie sind der Heimat-Shrek. "Shrek" ohne "c", weil Sie mit dem "C" bei der CSU nichts anfangen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Mei o mei! Das ist schon Panik!)

Der Veitshöchheimer Fasching ist aber vorbei, Herr Söder. Es wird Zeit, dass Sie wieder in die Realität zurückkehren. Hören Sie auf damit, sich in unserer Heimat immer wie eine Axt im Wald auszutoben und sie zu zerstören. Ihre populistische Politik ist keine Strukturpolitik. Der ländliche Raum wird bei Ihrer Ego-Tour auf der Suche nach dem nächsten Like-Häkchen bei Facebook erst recht nicht gestützt. Man kann Sie nicht ernst nehmen. Das sagen nicht nur wir GRÜNEN. Ihr neuester Clou, die Änderung des Landesentwicklungsprogrammes und die Abschaffung des Anbindegebotes, stößt auf sehr viel Widerstand. Sie setzen auf Asphalt statt auf Natur, auf Betonwüsten statt auf ländliche Kulturlandschaft.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir setzen im Gegensatz zu euch auf Zukunft!)

Wollen Sie hören, wer alles in Bayern nicht einverstanden ist mit dem Ausverkauf unserer Heimat?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nein! – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Oh Mann!)

Die Liste ist wirklich lang und eindrucksvoll: die Bayerische Akademie Ländlicher Raum,

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ja, ja!)

die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, die Bayerische Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten, der Bayerische Verein für Heimatpflege, der Bund Naturschutz in Bayern, die Alpenvereinigung CIPRA, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, die Bayerische Ingenieurekammer, der Bayerische Städtetag und zu guter Letzt ganz viele Kommunen in ganz Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch die Meinungen all dieser Expertinnen und Experten interessieren den Minister nicht. Sie touren nach wie vor durchs Land und verteilen Ihre Förderbescheide, wie man hier schon von vielen Rednern gehört hat. Ihnen geht es nur um Ihre eigene populistische Politik. Anscheinend sind Ihnen aber jetzt die Termine ausgegangen; denn Sie haben auf einen Schlag den Raum mit besonderem Handlungsbedarf auf halb Bayern ausgeweitet. Jetzt können Sie dort fleißig weiter touren. Man hört, wie gestern oft, in Bayern immer ein Loblied von der CSU. Dann ist es verwunderlich, dass wir in Bayern jetzt 50 % Raum mit besonderem Handlungsbedarf haben. Herr Herold, Sie haben heute Morgen Weißenburg-Gunzenhausen angesprochen. Das ist nach meiner Einschätzung wirklich ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf in unserer Region. Für Weißenburg-Gunzenhausen bedeutet es eine tatsächliche Verschlechterung, wenn jetzt halb Bayern wie mit der Gießkanne bedacht wird,

(Hans Herold (CSU): Landesamt für Schule!)

zum Beispiel auch der Raum Aschaffenburg, der wirklich prosperierend ist, wo mein Kollege Mütze herkommt. Dieser Raum wird mit Weißenburg-Gunzenhausen in einen Topf geworfen. Da versteht jemand überhaupt nichts von Strukturpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der nächste Punkt sind die Zentralen Orte. Das ist eigentlich ein sinnvolles Steuerungsinstrument für eine gute Entwicklung im Land. Aber auch dieses Steuerungsinstrument wird von Herrn Söder aufgegeben. Er will niemandem weh tun. Aber das ist genau das Gegenteil. Hier haben wir keine Steuerung unserer Landesfinanzmittel mehr, sondern es geht wieder alles in die Gießkanne. Wir bräuchten eigentlich eine Stärkung und eine personelle Aufstockung unserer regionalen Planungsverbände. Hierzu finden wir im Haushalt nur ein paar wenige Zuschüsse. Aber diese 16 Planungsverbände müssen mit hauptamtlichen Kräften gestärkt werden. Sie müssen der Mittelpunkt sein. Sie müssen die Koordination machen, die kommunale Allianz unterstützen, Projekte entwickeln und Bürgerbeteiligungen vorbereiten. Hier gibt es sehr viel zu tun. Das wäre mehr als sinnvoll.

Es bleibt festzuhalten: Der Heimatminister hat seinen Namen nicht verdient. Er hat kein Konzept für eine gesunde und nachhaltige Entwicklung Bayerns. Er hat kein Konzept für eine Finanzierung unserer finanzschwachen Kommunen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Jämmerlich! Wo leben Sie denn eigentlich?)

Er hat nicht den Mumm, für vorausschauende Leitplanken in der Landesplanung zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Wahnsinn!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun noch mal der Kollege Herold von der CSU das Wort.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Rest meiner Redezeit möchte ich Ihnen sagen, Herr Stümpfig: Mit diesen Bemerkungen zu unserem Herrn Staatsminister haben Sie sich selber abqualifiziert.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Harald Güller, ich muss ehrlich sagen, dass wir im Haushaltsausschuss gut zusammenarbeiten; aber Ihre Bemerkung zu unserer Staatsministerin Melanie Huml weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage aus voller Überzeugung: Die Verlagerung unseres Gesundheitsministeriums nach Nürnberg war eine gute und wichtige Strukturentscheidung für Mittelfranken und Nürnberg, weil nämlich Nürnberg – Sie wissen, wer Nürnberg seit vielen Jahren regiert – eine der höchsten Arbeitslosenquoten in ganz Bayern hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich komme zu den Ausführungen des Kollegen Thomas Mütze. Lieber Thomas, das war wieder typisch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr seid eine Partei der Steuererhöhungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Anträge der Opposition belaufen sich auf 4,5 Milliarden Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir diesen Anträgen beigepflichtet hätten, würden wir in einigen Jahren dort stehen, wo derzeit Nordrhein-Westfalen steht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Genau!)

Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Herold, die Kollegin Stamm würde gern eine Zwischenfrage an Sie stellen.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, am Ende bitte. – Ich bringe ganz kurz den Hinweis in Bezug auf die Halbierung der staatlichen Wohnraumförde-

rung, was gestern vom Herrn Fraktionsvorsitzenden Rinderspacher und soeben vom Kollegen Güller veröffentlicht wurde. Ich glaube, Sie haben die falschen Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Doppelhaushalt stehen insgesamt 870 Millionen Euro für Wohnraumförderung zur Verfügung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vom Bund aus! Das sind Bundesmittel!)

Hinzu kommt ein Bewilligungsrahmen für kommunale Wohnraumförderung und für die Förderung von Studentenwohnraum. Damit haben wir insgesamt 617 Millionen Euro und somit 1,23 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2017/2018. Das geschieht natürlich auch mit Unterstützung des Bundes. Das ist klar.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Zunächst hat sich die Kollegin Stamm zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort. – Anschließend kommt der Kollege Güller. Auch er hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter, geschätzter Kollege Herold, ich glaube, was die Zusammenarbeit im Ausschuss anbelangt, sind wir hier alle einer Meinung. Aber gerade bei Haushaltsberatungen finde ich es wichtig, alles beim Namen zu nennen und ehrlich zu sein. Sie reden von diesem angeblich tollen Umzug des Gesundheitsministeriums. Da würde es dazugehören, dass Sie gleichzeitig sagen, dass 150 Stellen aus Nürnberg wegverlagert werden. Das heißt, wir wissen noch nicht, wie viele Stellen mit dem Gesundheitsministerium nach Nürnberg verlagert werden. Wir wissen aber sehr wohl – ich bin übrigens hier, Herr Herold –

(Hans Herold (CSU): Ja, weiß ich!)

dass 150 Stellen wegverlagert werden. Das zu sagen, würde der Ehrlichkeit und dem Anstand dienen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das sagen die Richtigen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich kann mich nur wiederholen. Das habe ich vorhin sehr deutlich gesagt. Diese Behördenverlagerungen, die durchgeführt werden und schon durchgeführt wurden, insbesondere zum Beispiel die Verlagerung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik nach Fürth, sind für unseren Bereich, insbesondere West-Mittelfranken, aber auch ganz Mittelfranken, ein großer Gewinn. Ich sage es nochmal: Ich bin sehr glücklich über diese Entscheidung,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

das Gesundheitsministerium nach Nürnberg zu verlagern. Ich wiederhole mich: Es muss niemand nach Nürnberg mitgehen. Alles geschieht auf freiwilliger Basis.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat nun Herr Güller das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Herold, ich komme noch mal zum Thema Wohnungsbau. Die ganze Wahrheit ist nun mal, dass die Koalition in Berlin auf Drängen der SPD richtigerweise beschlossen hat, rund 500 Millionen Euro mehr pro Jahr für den sozialen Wohnungsbau in Deutschland auszugeben. Davon gehen 77 Millionen Euro an den Freistaat Bayern. Diese sind selbstverständlich im Haushalt etatisiert.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Aber diese 77 Millionen Euro kommen nicht komplett beim Wohnungsbau in Bayern an. Die Wohnungsbaumittel des Freistaats Bayern gehen um 72 Millionen Euro, um 21 Millionen Euro zurück. Das heißt, die 77 Millionen Euro kommen nicht voll im Bayerischen Wohnungsbau an. Sie putzen sich die Finger im bayerischen Staatshaushalt

am Geld der Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau ab. Dieses Geld kommt den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern nicht zugute. Das kritisieren wir.

Wir kritisieren auch, dass Sie im Jahr 2017 selbst zu dieser Quote nur kommen, weil die Eigenmittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt nochmals um 50 Millionen Euro erhöht werden. Sonst würden Sie sogar 71 Millionen Euro aus Berlin nicht weitergeben. Das finden wir für politisch falsch und für einen der größten Fehler, den man auf dem derzeit angespannten Wohnungsmarkt machen kann. Die Mieterinnen und Mieter müssen wissen, wer an der Wohnraumknappheit in ganz Bayern schuld ist.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie hätten auch München erwähnen sollen, Herr Güller. Aber ich bin in dieser Angelegenheit ganz gut vorbereitet und möchte Ihnen dazu etwas konkret vortragen, weil ich noch genügend Zeit habe zu antworten. – In der Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung werden die Mittel – auch mithilfe des Bundes; da pflichte ich Ihnen bei, Herr Güller – um 66 Millionen Euro auf rund 468 Millionen Euro aufgestockt. Wir helfen als Freistaat Bayern genauso wie der Bund unseren Kommunen bei der Behebung von Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsräumen Bayerns; ich nenne das Stichwort Landeshauptstadt München.

Wir führen das im Jahr 2016 aufgelegte kommunale Wohnraumförderprogramm von jährlich 150 Millionen Euro quasi unverändert fort. Das heißt, wir haben im Bereich Wohnungsbau allein 618 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Wir helfen aber auch – das wurde immer wieder angesprochen – unseren Staatsbediensteten bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, logischerweise insbesondere in München.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit dem im Oktober 2015 beschlossenen Maßnahmenpaket zum Wohnungsbau in Bayern werden in München bis zum Jahr 2020 1.000 Wohnungen durch die Stadibau auf den Weg gebracht. Bereits im Nachtragshaushalt 2016 – das wissen Sie doch, Herr Güller – wurden die ersten Schritte zur Umsetzung des Bauprogramms eingeleitet, insbesondere durch die Veranschlagung von Förderdarlehen. Im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 – das habe ich schon mehrfach erwähnt – werden die Ausgabemittel mit jährlich 20 Millionen Euro fortgeführt. Zudem sind auch Verpflichtungsermächtigungen von 40 Millionen Euro im Jahr 2017 und von 30 Millionen Euro im Jahr 2018 vorgesehen.

Die Stadibau – das wissen Sie auch, Herr Güller – arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Planung und Umsetzung. Wir bauen ja im Jahr 2017 voraussichtlich im Prinz-Eugen-Park, in der Erzgießereistraße, in der Lindwurmstraße, in der Soyerhofstraße und in Freiham und hoffen sehr darauf – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass uns dabei die Landeshauptstadt München durch Baurecht unterstützt. Das heißt konkret, dass wir insgesamt über 1,2 Milliarden Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 17/13296 betreffend "Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung" namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt hat der Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier wird sehr genau zugehört, welche vermeintlichen Verbesserungsideen Sie haben und wie Sie Bayern beschreiben. Eines kann ich Ihnen sagen: Nach meiner festen Überzeugung leben Sie in einer Scheinwelt mit post-

faktischen Wahrnehmungsverzerrungen. Bayern ist anders, als Sie das hier beschreiben, und zwar ganz anders.

(Beifall bei der CSU)

Gute Ideen sind willkommen. Aber nutzloses Gemotze wird dem Niveau dieses Parlaments nicht gerecht. Wir brauchen an dieser Stelle Qualität und nicht nur neidische Ideen.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Was Sie jetzt machen, ist unanständig!)

– Das sagen immer die Richtigen. Dieser Haushalt versucht, genau das zu machen, was die Menschen in dieser Zeit erwarten. Obwohl es uns wirtschaftlich doch wirklich gut geht, so gut wie nie, sind die Menschen tief verunsichert. Deswegen muss ein Haushalt zweierlei erfüllen. Er muss zum einen eine solide Grundlage schaffen, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Er muss zum Zweiten aber auch eine emotionale Basis für die Zukunft finden, damit die Bevölkerung spürt und weiß, dass sie in unserem Land sicher ist. Wir wollen nicht nur, dass dieses Land Bayern in der Zustandsbeschreibung die Nummer eins ist, sondern uns kommt es auch darauf an, dass Bayern in der Zukunft eine echte, verlässliche Heimat für viele Menschen bietet.

Trotzdem werden wir immer wieder Vergleiche mit anderen Bundesländern anstellen; denn in den anderen Bundesländern regieren Sozialdemokraten und GRÜNE, und man kann sehen, was das Ergebnis von rot-grüner Politik ist. Bayern ist anders.

(Beifall bei der CSU)

Wir wachsen, und wir werden stärker. Dieser Haushalt ist dafür ein Lackmustest. Wir haben beim Haushalt ein Rekordvolumen, weil wir auch bei den Steuereinnahmen ein Rekordvolumen haben. Trotzdem haben wir – das ist hoch beachtlich – zum zwölften und dreizehnten Mal in Folge keine Neuverschuldung. Wir sind ein Land, das sogar Schulden abbaut. In diesen Zeiten, in denen sich alle über die hohen Ausgaben für

Asyl und für Integration – das sind Ausgaben, die von außen auf uns zukommen – beklagen, schaffen wir es im Inneren, in der Finanzpolitik eine stabile Architektur zu erhalten. Das heißt, wir machen keine Schulden, wir bauen weiter Schulden ab, im Doppelhaushalt – Hans Herold hat es angesprochen – eine weitere Milliarde. Seit 2012 werden – das ist eine Bilanz meiner Arbeit als Finanzminister und unserer Arbeit im Parlament – Schulden in Höhe von rund 3 Milliarden Euro abgebaut. Schauen Sie an, was Nordrhein-Westfalen gemacht hat. In dem Zeitraum, in dem wir 3 Milliarden Euro abbauen, hat Nordrhein-Westfalen 10 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und den anderen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Für Baden-Württemberg ist es etwas weniger, aber ähnlich schmerzhaft. Baden-Württemberg macht im gleichen Zeitraum 3 Milliarden Euro neue Schulden. Das heißt, in der Zeit, in der wir die Schulden pro Bürger um 308 Euro senken, legt Nordrhein-Westfalen um 500 Euro zu, und selbst Baden-Württemberg verschuldet sich pro Kopf um 167 Euro neu. Das heißt, alle Kinder, die in anderen Bundesländern geboren werden, bekommen täglich neue Schulden aufgebürdet, und unsere Kinder bekommen täglich neue Zukunftschancen. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Aber es ist nicht so, dass wir Meister Sparhans wären; das wäre zu wenig. Wir investieren gleichzeitig in die Dinge, von denen wir glauben, dass sie für unser Land wichtig sind, in Infrastruktur, in Bildung und in Sicherheit.

Zur Sicherheit noch ein Nachtrag, weil da oft kritisiert wird, auch in der letzten und in dieser Woche. Wenn Sie sich die anderen Bundesländer anschauen, spüren Sie doch die Erwartungshaltung der Menschen, dass die Investition in Sicherheit wichtig ist. Wir hatten eine Zeitlang die Kontrolle über unsere Grenzen verloren. Aber jetzt beginnen wir, in einigen Teilen Deutschlands die Kontrolle über öffentliche Plätze, Straßen und

Stadtviertel zu verlieren. Das darf sich ein Staat nicht gefallen lassen, meine Damen und Herren. Das ist eine Ursünde für den Staat.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass alle Investitionen in Polizei und Sicherheit für unser Land grundlegend wichtig sind. Alle anderen Bundesländer sollten da nachlegen.

Aber wir investieren nicht nur in die Sicherheit, sondern ganz bewusst auch im Land, und zwar mit einer grundlegenden anderen Philosophie, als Herr Stümpfig und andere sie haben. Wir wollen zukünftig keinen weiteren bayerischen Extremzentrismus, in dem der ländliche Raum, wie in einigen Teilen Deutschlands beginnend, nicht im Fokus der Betrachtung steht, nicht beachtet wird und verödet. Alles, was die Mehrheit des Hohen Hauses und die Staatsregierung in den letzten Jahren gemacht haben, zielt elementar darauf ab zu verhindern, dass immer noch mehr in immer stärker wachsende Ballungsräume ziehen, sodass Menschen die Perspektive haben, in ihrer Heimat vor Ort leben zu können. Wir nehmen den ländlichen Raum ernst und belehren ihn nicht ständig, wie es die anderen gerne machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin der festen Überzeugung, dass viele, die vom ländlichen Raum reden, ihn gar nicht kennen. Uns vorzuwerfen, dass wir uns mit Bürgermeistern unterhalten und mit ihnen über ihre Sorgen sprechen, ist ja geradezu absurd und undemokratisch, meine Damen und Herren. Die Bürgermeister, die Gemeinderäte, die Kommunalpolitiker im Land sind doch diejenigen, die wissen, was draußen vor Ort stattfindet. Es ist doch eine urdemokratische Aufgabe des Landtags, auf diejenigen zu hören, die vor Ort Verantwortung tragen, meine Damen und Herren, und nicht nur im Elfenbeinturm hier im Landtag zu philosophieren.

(Beifall bei der CSU)

Ja, dort investieren wir, dort tun wir etwas. Bei 11 % Versiegelung des Landes und angesichts der Beschwer vieler Kommunalpolitiker, dass sie nicht einmal mehr in der Lage seien, kleinste Betriebe anzusiedeln, müssen wir ihnen doch helfen. Da können wir doch nicht sagen: Das interessiert uns nicht.

Wollen wir Verkehrsinfarkte in den Großstädten wirklich weiter befördern? Wollen wir die klimaschädlichen Auswirkungen von täglich Tausenden, Hunderttausenden Pendlern haben?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wenn es dann darum geht, die Förderkulisse im ländlichen Raum zu verbreitern, sagt Herr Stümpfig: Also dort, wo ich wohne, finde ich es gut, dass der RmbH kommt, aber dort, wo Herr Mütze wohnt, finde ich es schlecht. – Mit solch einem Neid werden wir das Land nicht stärken, meine Damen und Herren. Es gibt mehr für viele, und das ist das entscheidende Motto an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben einige Berufsgruppen aufgezählt, die Kritik am Landesentwicklungsprogramm üben. Ich sage Ihnen sehr offen: Wir nehmen das alles ernst und bewerten es noch einmal. Der Gemeindetag hält das aber für richtig – einige Bürgermeister meinen übrigens, an dieser Stelle müsse man fast noch mehr tun –, und auch der Landkreistag sagt das und die Vbw.

Wir spüren eines – und hier sind viele Kollegen, die vor Ort wirken und das bemerken könnten: All die Aktivitäten, die wir Woche für Woche im ländlichen Raum unternehmen, führen nicht nur zu einer Infrastrukturstärkung, sie führen auch zu Motivation. Diese Motivation durch das Ernstnehmen der Bevölkerung im ländlichen Raum, meine Damen und Herren, halte ich für den Grundstil der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags für ganz elementar.

Nur nebenbei bemerkt: Wenn ich irgendwo draußen einen Förderbescheid übergebe, muss ich mich in der Regel dagegen wehren, dass mir Oppositionsabgeordnete auf die Füße hüpfen, weil sie auch auf einem Foto sein wollen. Das ist doch die Realität draußen im Land.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Deswegen setzen wir das fort. Ich bin wirklich der festen Überzeugung, dass das richtig ist – nicht das Beihüpfen, sondern die Strategie.

(Heiterkeit bei der CSU)

Beim Thema Breitband muss man auch einmal zurückblicken. Es ist in Ordnung, wenn man mehr fordert; da gibt es kein Problem, Herr Güller, das ist in Ordnung. Wir machen uns übrigens auch Gedanken darüber, wie wir das im Rahmen der EU-Förderung noch verbessern können. Wir werden Anfang Januar oder Februar, glaube ich, auch noch ein paar neue Dinge vorstellen können.

Nur einmal zur Bilanz: Vor zwei oder drei Jahren hieß es: alles Chaos. Wir holen im Land mit Siebenmeilenstiefeln auf, bei einer schwierigen Topografie und obwohl wir zu Beginn von der Telekommunikationsindustrie alleingelassen wurden. Das ist doch die Wahrheit – die haben nichts gemacht.

Jetzt haben wir es geschafft, dass 96 % der bayerischen Gemeinden im Förderverfahren sind. Auch Großstädte wie Nürnberg kommen plötzlich und sagen: Am Stadtrand könnten wir etwas brauchen. In den letzten zwei Jahren haben wir in Bayern insgesamt 900.000 Haushalte neu ans Internet angeschlossen, das sind mehr, als Mecklenburg-Vorpommern hat. Wir haben 24.500 Kilometer Glasfaserkabel verlegt, meine Damen und Herren.

Wenn ich das noch ergänzen darf – du hast es angesprochen, lieber Hans Herold –: In Anbetracht des Themas WLAN, das noch hinzukommt, und der Aktivitäten überall kann ich nur sagen: In anderen Bundesländern wird auch etwas getan, die schlafen

auch nicht. Aber dass wir, vom fast letzten Platz kommend, Woche für Woche aufholen und uns Woche für Woche verstärken, zeigt, dass wir eines beherzigen: In Bayern soll es keine zwei Geschwindigkeiten der Digitalisierung geben. Alle Bayern sollen online sein, nicht nur die Münchner und Nürnberger, sondern jeder Bürger im Land muss die gleichen digitalen Rechte bekommen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Zur Behördenverlagerung: Es ist immer richtig nachzufragen. Als wir mit diesem Projekt begonnen haben, gab es zwei grundsätzliche Kritiken. Erstens: Was bringt das denn überhaupt? – Das kam vor allem von den GRÜNEN. Es sei schlecht, Beamte aus München heraus zu verlagern, das müsse doch nicht sein usw. Ich bleibe dabei: In Zeiten der Digitalisierung, in Zeiten von gewachsenen Möglichkeiten im ländlichen Raum ist es doch möglich und geradezu sinnvoll, dass sich nicht alles in München ballt.

Wir haben mehr Versetzungswünsche aus München heraus als nach München hinein – nicht ganz überraschend, wenn man einmal die Lebenshaltungskosten anschaut. Viele Leute sind froh, dass sie wieder in ihrer Heimat leben und arbeiten können, wenn es um Familie oder Familiengründung geht. Deswegen ist die Grundidee richtig. Schauen Sie sich überall um. Herr Muthmann, Sie wissen es: Als wir in Grafenau waren, konnten wir feststellen, was sich allein in den letzten zwei Jahren an Neuanstellungen von Wissenschaft, Wirtschaft und Behörden getan hat. Da lebt eine Gemeinde wieder.

Meine Damen und Herren, Verödung heißt: alles in München. Stärkung heißt, auch den ländlichen Raum ein Stück weit stärken. Das lassen wir uns nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen die Großstädte mehr als jedes andere Bundesland, ob kulturell oder im Verkehrsbereich: Stammstrecke, Konzertsaal, Hochschulen, große Zentren für Digi-

talisierung. Mehr tun die anderen auf keinen Fall. Das passt auch zu dieser leistungsfähigen Kapitale München. Dabei lassen wir den ländlichen Raum aber nicht außer Acht.

Die Behördenverlagerung managen wir so intelligent, meine Damen und Herren, dass meistens sogar neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden, weil wir im Stellenmanagement Dienstposten, deren Inhaber hier in München in Pension gehen, dann verlagern.

Wie sieht es aus? 50 Behörden wurden angekündigt, und was haben wir jetzt? – In allen Projekten wurde das Flächenmanagementverfahren eingeleitet. 75 % der Projekte konnten zum Teil auch schon die passenden Unterbringungen für Behörden organisieren. Wir haben 2015 und 2016 schon 28 Behörden mit mehr als 200 Beschäftigten verlagert. 2017 und 2018 werden weitere folgen, indem wir 300 Beschäftigte und 260 Studierende verlagern. Stück für Stück geht es voran.

Wenn man irgendwo bei einem entsprechenden Termin dabei war und gesehen hat, wie das angenommen wird – etwa am letzten Freitag in Oberfranken, bei dem Demografie-Kompetenzzentrum, das wir einrichten, oder in Kronach, wohin sich die Finanzhochschule entwickelt –, dann spürt man geradezu einen Impuls. In diese Gemeinden kommen junge Leute, kommen neue Leute, es gibt Versorgung.

Meine Damen und Herren, was kann besser sein und was könnten wir uns mehr wünschen, als dass in den Gemeinden Aufbruchsstimmung herrscht? Schlechte Stimmung auf dieser Seite des Landtags ist mir lieber als eine schlechte Stimmung draußen im Land. Wir brauchen draußen die beste Stimmung. Das ist für uns entscheidend und nicht das Gemotze hier.

(Beifall bei der CSU)

Herr Stümpfig, wir sprechen heute Nachmittag über das FAG. Hier wird gesagt, wir würden die Kommunen bei der Finanzausstattung schlecht behandeln – Herr Muth-

mann hat das nicht getan; vielleicht sagt er es heute Nachmittag noch. Doch woanders leiden und darben Landkreis-, Städte- und Gemeindetage. Bei uns haben wir ein Rekord-FAG. Das hat Peter Winter mit verhandelt. Wir haben die höchste Summe an Stabilisierungshilfen.

(Peter Winter (CSU): So ist es!)

Wir werden am Freitag, also morgen, die Schlüsselzuweisungen verteilen. Da werden Sie ganz wenige erleben, die sagen, das sei eine schreiende Ungerechtigkeit.

Schauen Sie sich an, dass wir allein zum Thema Asyl noch einmal 112 Millionen Euro in die Hand nehmen, um bei den Bezirken Kostensteigerungen zu verhindern, die sonst zu neuen Kreis- und Bezirksumlagen führen würden. Meine Damen und Herren, welches Bundesland tut das, welches ist so kommunalfreundlich wie der Freistaat Bayern? Ich kenne keines.

(Beifall bei der CSU)

Noch etwas zu den Stellen. Sie haben – das erkenne ich an – festgestellt, dass sich dort etwas verbessert hat. Da hatten wir Nachholbedarf, das sehe auch ich so. Dabei müssen Sie insgesamt immer sehen – und das bitte ich zu bedenken –, dass wir noch Herausforderungen bekommen werden. Was wir in den letzten zwei Jahren und in den nächsten zwei Jahren im Staatshaushalt im Bereich Asyl ausgeben, ist Geld, das wir schon gern irgendwann einmal gehabt hätten – über 9 Milliarden Euro. Das darf man nicht vergessen.

Wenn andere Bundesländer in einer Zeit der Rekordsteuereinnahmen massiv Schulden machen, dann möchte ich nicht wissen, wie es um Deutschland bestellt ist, wenn diese Bundesländer wieder einmal konjunkturell in eine schwierige Situation kommen.

Wir müssen auch sehen: Wir schätzen unseren öffentlichen Dienst sehr, aber es gibt in Bayern auch noch Menschen, die nicht im öffentlichen Dienst sind. In Griechenland

war das zeitweise anders, aber bei uns ist das so. Deswegen, meine Damen und Herren, muss die Balance immer stimmen.

Wir haben in diesem Jahr aufgrund der Sicherheitslage mehr Stellen ausgelobt, als wir in den letzten zehn Jahren abgebaut haben. Trotzdem muss es Aufgabe bleiben, lieber Herr Muthmann, dass der Staat seine Belange so regelt, dass er nicht unbegrenzt neue Stellen schafft, sondern eine vernünftige Balance hält: Man sollte den öffentlichen Dienst stärken und Stellen schaffen, wo man sie braucht, aber eine unbegrenzte Ausweitung ist auch im Hinblick auf die Pensionslasten für die nächste Generation nicht verantwortungsvoll. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Steuer legen wir zu. In diesem Doppelhaushalt gibt es noch einmal über 900 Stellen, davon 800 Anwärterstellen. Hans Herold und Frau Aures waren bei dem Termin mit den neuen jungen Leuten in Nürnberg dabei. Es ist sehr begeisternd, wie viele junge, hoch leidenschaftliche, lustige Menschen in der Steuerverwaltung arbeiten. Das verändert das Image der Finanzverwaltung grundlegend. Das ist toll.

Bei den Stellen der Steuerfahndung haben wir seit 2011 um 30 % zugelegt. Herr Mütze, Sie haben sich beschwert, dass die Sonderkommissionen nichts bringen würden. Natürlich geben diese Sonderkommissionen eine Antwort. Glauben Sie im Ernst, dass es reichen würde, an irgendeinem Finanzamt eine zusätzliche halbe Stelle auszuweisen, wenn wir von internationalen Steuerkartellen herausgefordert werden? Ohne zentrale Einheiten wären wir nicht in der Lage, dagegen vorzugehen. Deswegen sind Sonderkommissionen richtig. Sie geben uns mehr Chancen und erhöhen die Einnahmen des Staates.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Betriebsprüfern haben wir deutlich bessere Ergebnisse als anderswo. Wir sagen aber auch, und dabei bleibt es: Wir müssen nicht jeden kleinen Handwerks-

meister dreimal im Jahr prüfen. Die Mehreinnahmen bekommen wir von den Großen. Da müssen wir ansetzen.

(Beifall bei der CSU)

Noch einmal zu den Beamten, weil dieses Thema im Doppelhaushalt auch wichtig ist. Sie haben es ausgespart. Sie sollen aber sehen, was genau herauskommt. Auch beim öffentlichen Dienst gibt es einen ganz großen Unterschied zwischen uns und anderen Bundesländern. Ich glaube, dass dieser Unterschied für unsere Beamten ganz wichtig ist, er liegt nämlich in der Bezahlung. Schauen Sie sich an, wie Tarifabschlüsse in anderen Bundesländern auf die Beamten übertragen werden, wie die Beamten dort bezahlt werden. Ich nehme als Beispiel einen Steuerbeamten. Ein bayerischer Steuerbeamter der Besoldungsgruppe A 8 in der Endstufe, der verheiratet ist, erhält 2.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Hessen, 2.200 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Niedersachsen, 3.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Rheinland-Pfalz und 4.000 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin. Das ist ehrliche Anteilnahme für den öffentlichen Dienst. Gute Arbeit wird in Bayern gut bezahlt. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Jetzt noch zum Thema Steuern: Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen uns und

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Den anderen Bundesländern!)

den politischen Gruppierungen Rot und Grün. Wissen Sie, was der Hauptunterschied beim Thema Steuern ist? – Es ist das Vertrauen in den Bürger. Sie denken immer daran, möglichst viel Geld vom Bürger krakenhaft zu holen, um es dann in staatlichen Programmen einzusetzen. Wir glauben, dass Geld am besten bei dem aufgehoben ist, der es verdient hat, nämlich beim Bürger. Wir vertrauen unseren Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat man bei der Landesbank gemerkt!)

Lieber Herr Mütze, ich weiß nicht, ob Sie auf Ihrem Parteitag dabei waren.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie auch noch etwas anderes anzubieten als billige Polemik, Herr Söder? – Zurufe von der CSU: Das muss gerade der sagen!)

– Herr von Brunn, es gibt wenig, wo ich zugeben würde, dass jemand anders besser ist. Bei dem Thema sind Sie aber weit vorne, Herr von Brunn. Das haben Sie an der Stelle schon oft bewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Mütze hat von den GRÜNEN gesprochen. Auf Ihrem Parteitag wurde Herr Kretschmann – ich dachte immer, er sei Ihr leuchtendes Vorbild – von Jürgen Trittin beschimpft. Jürgen Trittin sagte, Kretschmann sei ein Demagoge. Allein das Sprechtempo Ihrer Ikone Kretschmann ist alles andere als demagogisch, wenn man das sagen darf.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie selbst werden doch vom Ministerpräsidenten beschimpft! – Dr. Paul Wengert (SPD): Entscheidend ist nicht das Tempo, sondern der Inhalt, Herr Staatsminister!)

– Das stimmt, Herr Wengert. Danke für den Hinweis. – Der Parteitag der GRÜNEN hat bewusst eine Entscheidung getroffen. Er konnte sich entscheiden. Es gab Konzepte, die auf eine moderate Steuerpolitik hinausgingen. Der Parteitag traf aber nach wuchtiger Debatte die Entscheidung, dass Steuererhöhungen die Grundaussage der GRÜNEN sind. Damit wissen die Bürger, worin der Unterschied bei den Steuern liegt. Die einen wollen die Steuern erhöhen, die anderen wollen dem Bürger etwas zurückgeben. Das ist die Kernfrage der gesamten Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen wollen wir kleinere und mittlere Einkommen entlasten, die kalte Progression abbauen und den Soli schneller verändern. Zum Soli gibt es von der Bundes-SPD wieder Vorschläge, ihn irgendwie zu behalten, ihn anders einzusetzen und neue Programme zu machen. Meine Damen und Herren, kann es uns einmal in Deutschland gelingen, eine Abgabe abzuschaffen, die für eine Aufgabe eingeführt wurde, die sich erledigt hat? Können die Politiker in Deutschland einmal sagen: Aufgabe erledigt, Steuer erledigt, wir bauen sie ab? Das erwarten doch die Bürger von uns. Wir werden unsere Konzeption mit großem Einsatz vertreten.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke allen, die sich bisher an dieser Haushaltsdebatte beteiligt haben. Ich will aber auch die Wahrheit sagen: Was kommen denn immer wieder für Anträge? Herr Güller sagt, man solle sich alle Anträge durchlesen, soll sie gewichten und bewerten. Da hat er Recht. Das machen wir auch. Die GRÜNEN verfolgen beim Haushalt seit Jahren das Konzept, zu Haushaltsanträgen Deckungsvorschläge zu machen. Das muss man zugeben. Die GRÜNEN verlangen zwar Mehrausgaben, machen aber Deckungsvorschläge. Wenn wir aber diesen Vorschlägen folgen würden, würde das Land dem Kahlschlag anheimfallen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ach!)

Die FREIEN WÄHLER haben in guter Tradition 3,2 Milliarden Mehrausgaben gefordert, die durch nichts gedeckt sind. Wir haben jetzt einmal zusammengerechnet – Finanzbeamte machen das gern –, was die SPD in den letzten Jahrzehnten gefordert hat.

(Lachen bei der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Jahrzehnte! So ein Witz!)

Seit 1979 hätten Anträge der SPD ohne Deckungsvorschläge die bayerische Schuldenlast um insgesamt 36,4 Milliarden Euro erhöht. Die Schuldenmacher sitzen da drüben!

(Beifall bei der CSU)

Herr Mütze, Sie sehen: Die Statistikämter funktionieren.

(Zurufe von der SPD: 40 Jahre! So ein Witz! – Unruhe)

Ich freue mich, dass ich Ihre Aufmerksamkeit habe.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielleicht beruhigen wir uns wieder!

(Glocke des Präsidenten)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich hoffe, Sie überstehen es, ohne den Ältestenrat einberufen zu müssen.

Zusammenfassend sage ich: Der Haushalt, den wir vorlegen, ist eine notarielle Urkunde der Sicherheit und Stabilität. Er ist ein Masterplan für die Zukunft. Er ist eine ausgewogene Balance zwischen Stadt und Land und zwischen Groß und Klein. Er schafft es, die bayerische Heimat zu entwickeln. Wissen Sie, was das Wichtigste ist? – Während anderswo in Deutschland de facto finanziell zurückgebaut wird, gehen wir voran. Es geht in Bayern nicht immer gleich rauf und runter. Es geht aber immer voran. Mit diesem Prozess wollen wir weitermachen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, die beiden Kollegen, die eine Zwischenbemerkung angemeldet haben, haben festgestellt, dass Sie um zwei Minuten und 32 Sekunden länger geredet haben, als es Ihre Redezeit zuließ, und deshalb auf eine Zwischenbemerkung verzichtet. Sie wollen jetzt von der Redezeit, die sie zusätzlich bekommen, Gebrauch machen. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Staatsminister, ganz herzlich. Jetzt hat in der Reihenfolge der Wortmeldungen der Kollege Mütze noch einmal das Wort. Bitte sehr.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident! Lieber Herr Minister Dr. Söder, es hat uns sehr gefreut, dass Sie dem Bundesparteitag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so aufmerksam gefolgt sind und dass Sie alles gehört haben, was dort gesprochen wurde. Es freut uns auch, dass Sie unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann so überaus gelobt haben.

Wenn Sie meiner Rede zugehört hätten – daran habe ich Zweifel –, dann hätten Sie erfahren, wofür wir eintreten. Wir wollen, dass große, multinationale Konzerne durchaus mit besonderem Aufwand steuerlich geprüft werden. Deswegen sprechen wir uns für eine bundesweite Steuerfahndungsstelle aus, die sozusagen auf Augenhöhe mit den multinationalen Konzernen agieren kann.

Sie haben vielleicht auch gehört, dass ich in meiner Rede die Vermögensteuer nicht erwähnt habe; vielleicht ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse daraus.

Ich habe Ihrer Rede genau zugehört. Sie sprachen davon, dass die GRÜNEN die Steuern erhöhen wollten, und fügten hinzu, dass Sie dieses Vorhaben nicht mittragen würden. – Für wen wollen die GRÜNEN die Steuern erhöhen? Für die Steuervermeider bzw. Steuergestalter, die zu unserem Gemeinwesen weniger beitragen, als sie beitragen könnten – und müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen die Steuervermeider schützen. Das ist der Punkt. Es geht doch gar nicht um die Steuern der kleinen Einzelhändlerin.

(Jürgen W. Heike (CSU): Konkret! Für wen?)

Es geht um diejenigen, die ihr Geld in Panama oder woanders anlegen, damit sie hier ihrer Steuerpflicht nicht nachkommen müssen. So sieht es aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Güller das Wort.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, ich möchte gleich zu Beginn auf Ihre humoristischen Ausführungen zu den Anträgen der SPD der vergangenen zehn Jahre eingehen. Wenn wir berücksichtigen, dass Sie im Durchschnitt fünf Jahre brauchen, um einen Antrag der SPD abzukupfern, das heißt abzuschreiben, dann reduziert sich das Ganze auf exakt 7,3 Milliarden Euro. Das ist weniger als das, was Sie in einem Jahr in der Landesbank versenkt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die 2,2 Milliarden Euro Zinsen, die wir seit dem von Ihnen verursachten Desaster bezahlt haben, sind da noch gar nicht mitgerechnet.

Unser Fraktionsvorsitzender, Kollege Rinderspacher, hat sich neulich die Mühe gemacht und zusammengerechnet, welchen Umfang die Steuerversprechungen hatten, die CSU und Staatsregierung im letzten Jahrzehnt machten. Sie wollten – angeblich – 100 Milliarden Euro in Form von Steuersenkungen weitergeben. Angekommen ist davon so ziemlich nichts, Herr Kollege Finanzminister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich schließe an Herrn Kollegen Mütze an, wenn ich sage: Herr Finanzminister, rhetorisch ist das, was Sie abgeliefert haben, toll. Sie haben behauptet, Sie wollten das Geld am liebsten bei den Bürgerinnen und Bürgern belassen, die es sich verdient haben.

(Florian von Brunn (SPD): Er meint Apple!)

Tatsächlich meinen Sie Starbucks, Apple, die Engelhorn-Milliardenerben und sonstige Milliardäre.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie meinen diejenigen, die ihr Geld in Panama anlegen, um hier keine Steuern bezahlen zu müssen. Um diese Gruppen geht es Ihnen tatsächlich, wenn Sie von der "Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen" sprechen.

Sie haben heute wieder von 15 Milliarden Euro Steuerentlastung gesprochen. Lassen Sie uns intensiv miteinander reden und genau darauf schauen, dass damit wirklich die Bezieher mittlerer Einkommen entlastet werden. Die Bezieher kleiner Einkommen können auf diese Weise fast nicht entlastet werden, da sie kaum noch eine Steuerbelastung haben. Dafür bedarf es erhöhter Investitionen in die Allgemeinheit.

(Beifall bei der SPD)

Das Baukindergeld ist genau das gleiche Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verschließen uns keinem Dialog.

(Peter Winter (CSU): Aber der Steuersenkung verschließen Sie sich?)

Wenn der Finanzminister von der "Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen" spricht, dann ist das aber nur eine Worthülse, da er tatsächlich die Engelhorns, die Starbucks und die Apples dieser Welt meint. Deren Entlastung ist mit der Sozialdemokratie in diesem Hause nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13259, 17/13238 bis 17/13241, 17/13290 und 17/13193 sowie 17/13296 und

die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der berechtigten Drucksache 17/14626 zugrunde.

Vorweg lasse ich, wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/13296 betreffend "Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung" namentlich abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung.

Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 10.56 bis 11.01 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen, weil wir die Abstimmung über den Einzelplan 06 erst nach Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung durchführen können.

(Unterbrechung von 11.01 bis 11.03 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder Platz zu nehmen; wir fahren fort. Die Auszählung ist erfolgt. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung" auf Drucksache 17/13296 bekannt. Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14626 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. – Stimmenthaltungen? Bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER ist dies so beschlossen. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über diese nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Kein Stimmenthaltungen. So ist es beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14626 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 17/13259 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung (Kap. 06 15 Tit. 422 01) (Drs. 17/13296)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max			
Aiwanger Hubert				Glauber Thorsten			X
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine			
Bause Margarete	X			Häusler Johann			X
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex				Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin			
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther			X	Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	51	78	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/13193
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13238
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/13239
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge und Bearbeitungsdauer der verbindlichen Versorgungsauskünfte reduzieren
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13240
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen personell stärken
(Kap. 06 16 Tit. 428 01)
Drs. 17/13241
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Aufbau und Betrieb frei zugänglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13290
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13296